

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ratsbetreuender Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Verwaltungssteuerung	Datum 28.10.2008
	Schriftführung Christian Ruhe
	Telefon-Nr. 02202/142237
Niederschrift	
Rat	Sitzung am Dienstag, 21. Oktober 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:06 Uhr - 18:33 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.09.2008 - öffentlicher Teil**
608/2008
- 4. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5. Jahresrechnung 2006**
579/2008
- 6. Haushalt 2009; Einbringung der Entwürfe**
 - 1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2009**
 - 2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2009**
 - a. des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach**
 - b. des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach**

**c. des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der
Stadt Bergisch Gladbach**
607/2008

8. Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen

**8.1. Antrag der Fraktion KIDitiative vom 06.10.2008 zur Umbesetzung im
Rechnungsprüfungsausschuss, im Hauptausschuss sowie im Finanz- und
Liegenschaftsausschuss**
613/2008

9. Anträge der Fraktionen

10. Anfragen der Ratsmitglieder

7. Einwohnerfragestunde
610/2008

B Nichtöffentlicher Teil

- 1. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil**
- 2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.09.2008 - nichtöffentlicher Teil**
609/2008
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Anträge der Fraktionen**
- 5. Anfragen der Ratsmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Orth eröffnet die 25. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Orth stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Cüpper, Herr Haasbach, Frau Holtzmann, Herr Jung, Herr Kraus, Herr Willnecker (alle CDU-Fraktion), Herr Pütz (SPD-Fraktion), und Frau Schmidt-Bolzmann (FDP-Fraktion) entschuldigt.

Herr Orth benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 09.10.2008 mit den dazugehörigen Vorlagen,
- den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2006, der den Ratsmitgliedern mit Schreiben vom 24.09.2008 übersandt wurde,
- den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 (Ergänzung zur Vorlage Nr. 579/2008 (TOP A 5)) als Tischvorlage und
- die Entwürfe der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 und der Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2009 (TOP A 6) als Tischvorlage.

Herr Mömkes äußert seinen Unmut darüber, dass die ursprünglich für den 28.10.2008 geplante Ratssitzung auf den 21.10.2008 verlegt worden sei. Dies habe dazu geführt, dass viele Mitglieder der CDU-Fraktion an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen können.

Herr Orth entgegnet, dass die Verlegung nach seiner Erinnerung wie üblich mit den Fraktionen abgestimmt worden sei. Er könne vor diesem Hintergrund den Unmut von Herrn Mömkes nicht nachvollziehen.

Herr Schütz schließt sich der Kritik von Herrn Mömkes an. Er weise zudem seit Jahren darauf hin, dass nach der Gemeindeordnung jährlich mindestens sechs Sitzungen des Rates vorgeschrieben seien. Es sollten daher künftig für jedes Jahr sechs Ratssitzungstermine festgelegt werden und nicht fünf Termine und ein „Ausweichtermin“.

Herr Orth weist darauf hin, dass die betreffende Regelung in der Gemeindeordnung eine „Soll-Vorschrift“ sei. Die Anzahl der terminierten Ratssitzungen sei bisher immer ausreichend gewesen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 23.09.2008 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.09.2008 - öffentlicher Teil

Herr Orth verliest die folgende Aktualisierung des Berichtes über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 23.09.2008 - öffentlicher Teil:

„Zu TOP A 26

Anfragen der Ratsmitglieder

163/2008

Die Anfrage von Herrn Kraus (Thema: „Bürgerhaushalt“) wurde zwischenzeitlich schriftlich beantwortet. Eine Kopie dieses Antwortschreibens und eine Kopie des Antwortschreibens an Frau Lehnert (Thema: „Umgang mit Einwohnermeldedaten“) werden der Niederschrift über die heutige Sitzung beigelegt.“

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilung zur Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Orth teilt mit, die Agentur für Arbeit habe auf Grund personeller Veränderungen an Stelle von Frau Britta Bauerfeld nunmehr Frau Ulrike Merkel als persönliche Stellvertreterin des beratenden Ausschussmitgliedes Frau Susanne Kemper für den Jugendhilfeausschuss benannt.

5. Jahresrechnung 2006

Herr Dr. Steffen berichtet, der Rechnungsprüfungsausschuss habe in seiner Sitzung am 14.10.2008 den Beschlussvorschlag I. der Vorlage beschlossen und dem Rat die in der Vorlage unter II. formulierte Beschlussfassung empfohlen.

Herr Nagelschmidt regt unter Bezugnahme auf den Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2006 - in dem auf Seite 59 über den „Schweizer-Franken-Kredit“ berichtet werde, dass die Stadt durch eine fehlende Unterschrift 22.945,- EUR an Kursdifferenz verloren habe - an, den internen Verwaltungsablauf so zu gestalten, dass sich derartige Versäumnisse zukünftig nicht wiederholen können.

Herr Mumdey entgegnet, es habe sich bei dem beschriebenen Vorgang dennoch um ein „blendendes Geschäft“ gehandelt, mit dem ein Überschuss von ca. 900.000,- EUR erwirtschaftet worden sei.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

1. **Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresrechnung 2006 wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2006 wird beschlossen.**
3. **Dem Bürgermeister wird gemäß § 94 Abs. 1 GO NRW für das Jahr 2006 Entlastung erteilt.**

6. **Haushalt 2009; Einbringung der Entwürfe**

1. Haushaltssatzung der Stadt Bergisch Gladbach für das Haushaltsjahr 2009

2. Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen für das Wirtschaftsjahr 2009

a. des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach

b. des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach

c. des Fachbereichs Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach

Herr Orth überträgt die Sitzungsleitung auf den ersten stellvertretenden Bürgermeister Herrn Hagen und hält seine Rede zur Einbringung des Haushalts 2009.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Orth übernimmt daraufhin wieder die Sitzungsleitung.

Es folgt die Haushaltsrede von Herrn Mumdey.

Das Redemanuskript ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Orth erläutert, es sei im Rat der Stadt Bergisch Gladbach üblich, die Entwürfe der Haushaltssatzung und der Wirtschaftspläne ohne Aussprache zur Beratung an die Fachausschüsse zu überweisen. Er schlägt daher vor, auch heute so zu verfahren.

Die Entwürfe der Haushaltssatzung 2009 und der Wirtschaftspläne 2009 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen des Abwasserwerkes der Stadt Bergisch Gladbach, des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Bergisch Gladbach und des Fachbereiches Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung bei der Stadt Bergisch Gladbach werden einvernehmlich zur Beratung an die Fachausschüsse überwiesen.

8. **Anträge auf Umbesetzung in den Ausschüssen**

8.1. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 06.10.2008 zur Umbesetzung im Rechnungsprüfungsausschuss, im Hauptausschuss sowie im Finanz- und Liegenschaftsausschuss**

Der Rat nimmt den Antrag einstimmig an.

9. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

10. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Dr. Kassner: Anfrage zur Nutzung der Alten Feuerwache

Herr Dr. Kassner fragt, warum dem DRK als Mieter der Alten Feuerwache seinerzeit gekündigt worden sei, obwohl es bis heute kein Nutzungskonzept für die Anlage gebe. Der DRK hätte die Alte Feuerwache gerne weiter genutzt; die Stadt habe jedoch mit der Kündigung auf Mieteinnahmen verzichtet. Er könne keinen Grund für die Kündigung des Mietvertrages erkennen. Herr Dr. Kassner bittet um eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Nagelschmidt: Anfrage zu den Bäderfonds

Herr Nagelschmidt erläutert, der Bürgermeister habe in seiner Rede zur Einführung des Haushaltes gesagt, die Bäderfonds seien „gründlich gescheitert“. Diese Aussage stehe jedoch in eklatantem Widerspruch zu der Aussage der Verwaltung in der Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, in der es geheißen habe, dass die Anlage in der Vergangenheit wirtschaftlicher gewesen sei als eine Kreditaufnahme bzw. Schuldentilgung. Herr Nagelschmidt fragt, wie sich dieser Widerspruch erklären lasse.

Herr Orth antwortet, er habe nicht gesagt, dass die Bäderfonds gründlich gescheitert seien. Diese seien auch in der aktuellen Krisensituation erstaunlich stabil. Er habe in seiner Rede das Geschäfts- und Finanzierungsmodell der Bäder GmbH als gründlich gescheitert bezeichnet.

Herr Lang: Anfragen zu TOP A 6 (Haushalt 2009; Einbringung der Entwürfe) der heutigen Sitzung

Herr Lang äußert seinen Unmut darüber, dass der Bürgermeister zu TOP A 6 der heutigen Sitzung eine Diskussion unterbunden habe. Auch für den Bürgermeister gelte das grundgesetzliche Zensurverbot und er dürfe nicht die Diskussionsbeiträge der Ratsmitglieder vermindern, nur damit die Verwaltung länger reden könne. Dies habe die BfBB-Fraktion schon immer beanstandet.

Herr Orth entgegnet, er habe keine „Zensur“ vorgenommen, sondern lediglich auf eine langjährige Tradition hingewiesen, die Entwürfe ohne Aussprache zur Beratung an die Fachausschüsse zu überweisen. Dazu habe es aus den Reihen der Ratsmitglieder auch keine Gegenrede gegeben, was er als Einverständnis werten könne und gewertet habe.

Herr Lang führt weiter aus, der Bürgermeister habe in seiner Rede in Bezug auf die Bäderfonds Zahlen genannt, die sich auf die Zeit vor der aktuellen Finanzmarktkrise bezogen hätten. Er gehe davon aus, dass sich die Verwaltung vor dem Hintergrund der Krise täglich über die Entwicklung der Bäderfonds informiere. Er bitte um Beantwortung der folgenden Fragen:

Welche Wertverluste sind der Bäder GmbH in den Bäderfonds in Folge der aktuellen Finanzmarkt-/Wirtschaftskrise entstanden?

Wie hoch waren die Erträge in den vergangenen Jahren (jeweils pro Jahr)?

Was bekommt die Sparkasse für die Verwaltung der Mittel?

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfragen. Er habe sich in seiner Rede auf Zahlen zum Stand 30.09.2008 bezogen und schlage vor, die erste Frage in Bezug auf den jeweiligen Stand zum 31.08.2008, 30.09.2008 und 31.10.2008 zu beantworten.

Hiermit zeigt sich Herr Lang einverstanden.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Terminierung der heutigen Ratssitzung und zum Termin der geplanten gemeinsamen „Sondersitzung“ des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie des Planungsausschusses

Herr Dr. Baeumle-Courth schließt sich der von Herrn Mömkens unter TOP A 1 vorgetragenen Kritik zur Terminierung der heutigen Ratssitzung an. In seinem Kalender sei der 21.10.2008 als möglicher Termin für eine gemeinsame „Sondersitzung“ des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie des Planungsausschusses zu Stadtentwicklungsthemen vermerkt. Er frage, ob es für diese gemeinsame „Sondersitzung“ mittlerweile einen festen Termin gebe.

Herr Mumdey antwortet, man wolle den Haushalt im Dezember verabschieden. Erfahrungsgemäß werde der komplette Monat November für die Haushaltsberatungen in den Fraktionen benötigt. Wenn der Haushalt erst am 28.10.2008 eingebracht worden wäre, so sei der Zeitraum bis zur Beratung in den Fraktionen und Fachausschüssen zu kurz gewesen. Der Haushalt hätte jedoch auch nicht eher eingebracht werden können, denn die Verwaltung benötige die Herbstferien u.a. für den Druck der Entwürfe. Er habe daher dem Vorsitzenden des Finanz- und Liegenschaftsausschusses - Herrn Waldschmidt - vorgeschlagen, die Ratssitzung vorzuziehen. Herr Waldschmidt habe keine Einwände gegen eine Verlegung der Ratssitzung auf den 21.10.2008 erhoben. Daraufhin habe er dies auch Herrn Mömkens mitgeteilt, der ebenfalls keine Einwände erhoben habe, worauf er dem Bürgermeister dann vorgeschlagen habe, die Sitzung auf den 21.10.2008 zu verlegen.

Herr Schmickler ergänzt, der Termin für die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr sowie des Planungsausschusses werde in den nächsten Tagen abgestimmt.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zum Ratsinformationssystem (RIS)

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, wann das RIS wieder in vollem Umfang zur Verfügung stehe.

Herr Kreilkamp antwortet, das vewaltungsintern verwendete Sitzungsdienstprogramm PV-Rat, das die Basis für das RIS bildet, laufe einwandfrei. Es bestünden jedoch nach wie vor Probleme mit der Replikation, also mit der Übertragung der in PV-Rat eingegebenen Daten in das RIS. Die vom Hersteller angebotenen Problemlösungen zum RIS seien bisher nicht erfolgreich gewesen. Dies sei natürlich kein dauerhaft akzeptabler Zustand. Die Verwaltung wolle die Abwicklung des Sitzungsdienstes jedoch auch nicht vorschnell auf ein anderes Sitzungsdienstprogramm umstellen, da damit wiederum ein hoher Einführungsaufwand (Auswahl, Einrichtung, Mitarbeiterschulung etc.) verbunden wäre.

Herr Schütz fragt ergänzend, wann genau mit einem fehlerfreien Funktionieren des RIS zu rechnen sei und ob mit dem Hersteller des Programms Vertragsstrafen vereinbart worden seien. Auch die Fraktion KIDitiative fordere ein fehlerfrei funktionierendes RIS.

Herr Kreilkamp antwortet, die Verwaltung habe dem Hersteller die unbedingte Priorität der Fehlerbehebung nachdrücklich dargestellt.

Herr Dr. Baeumle-Courth: Anfrage zur Reduzierung der Pauschale für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK)

Herr Dr. Baeumle-Courth fragt, ob die Verwaltung Informationen darüber habe, dass möglicherweise einige Buslinien auf Bergisch Gladbacher Stadtgebiet eingeschränkt würden. Seines Erachtens werde die Pauschale für den ÖPNV im RBK um mindestens 25% reduziert, wovon höchstwahrscheinlich auch Bergisch Gladbach betroffen sein werde.

Herr Schmickler antwortet, dass der Pauschalzuschuss des RBK zu lokalen ÖPNV-Angeboten zum Ende des Jahres entfallen werde. Eine Nachfolgeregelung sei nicht vorgesehen. Der Kreis habe jedoch zugesagt, die bisher mit diesem Pauschalzuschuss finanzierten Buslinien künftig selbst zu tragen. Damit werde das ÖPNV-Angebot in Bergisch Gladbach nicht gekürzt. Auf besonderen Wunsch von Gewerbetreibenden sei sogar zugesagt worden, für die Buslinie 455 zusätzliche Fahrten einzurichten.

Herr Dr. Bernhauser: Anfrage zu den Straßenbauarbeiten im Bereich Einmündung Hecken/Straßen in Herkenrath

Herr Dr. Bernhauser fragt, welche Gründe es für die verzögerte Durchführung der Straßenbauarbeiten im Bereich der Einmündung Hecken/Straßen in Herkenrath gebe. So werde dort beispielsweise samstags nicht gearbeitet und der Kanal sei zwei Mal aufgerissen worden. Der schlechten Verkehrssituation müsse umgehend abgeholfen werden, da sie unter anderem erhebliche Umsatzeinbußen im Einzelhandel verursachen würde. So sei beispielsweise die Einfahrt zum Supermarkt durch die Baustelle kaum erreichbar. Er selbst habe an der Baustelle heute Früh eine halbe

Stunde lang im Stau gestanden. Insgesamt seien die von der Ampelanlage vorgegebenen Durchfahrtszeiten sehr lang (10-15 Minuten).

Herr Kremer antwortet, es sei im Baustellenbereich heute Früh eine Platine in der Ampelanlage ausgefallen. Der Fehler sei so schnell wie möglich behoben worden. Eine Baustelle an einem derart neuralgischen Punkt erzeuge natürlich Behinderungen. Er könne auch den Ärger von Anliegern und Verkehrsteilnehmern nachvollziehen, wenn eine Straße zwei Mal geöffnet werde. Dies sei jedoch manchmal nicht zu vermeiden. Er werde jedoch die Situation an der Baustelle in Augenschein nehmen und insbesondere prüfen, ob sich das Problem der erschwerten Zufahrt zum Supermarkt beheben lassen könne.

Herr Orth ergänzt, dass die beschriebene Situation natürlich ärgerlich, aber gleichzeitig auch unvermeidlich sei, da an dieser Stelle ein bereits seit Jahrzehnten bestehendes Problem endlich gelöst werden müsse.

Herr Dr. Bernhauser: Anfrage zu abgemeldeten Kraftfahrzeugen auf privaten und öffentlichen (städtischen) Flächen

Herr Dr. Bernhauser erläutert, er habe an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet - z.B. an der Ecke Kalkstraße/Dechant-Müller-Straße und in Herkenrath (Ball) - festgestellt, dass sowohl auf privaten als auch auf öffentlichen (städtischen) Flächen seit Monaten abgemeldete, verrostende Kraftfahrzeuge abgestellt seien. Er frage, ob dies rechtmäßig sei und wenn nicht, was die Verwaltung dagegen unternehme.

Herr Widdenhöfer antwortet, der unschöne Anblick eines rostenden Fahrzeuges auf einem Privatgrundstück stelle keinen Sachverhalt dar, gegen den die Ordnungsbehörde einschreiten könne. Dies sei anders, wenn von einem derartigen Fahrzeug auch eine Gefahr ausgehe, wenn z.B. Motoröl oder Kraftstoff aus dem Kraftfahrzeug austrete oder wenn die Scheiben des Fahrzeuges zerbrochen seien und Verletzungsgefahr bestehe.

Ein im öffentlichen Raum abgestelltes abgemeldetes Fahrzeug hingegen sei eine nicht genehmigte Sondernutzung, gegen die die Ordnungsbehörde einschreiten könne. Er werde den Hinweisen nachgehen.

Herr Ziffus: Anfrage zu Informationsveranstaltungen zur Stadtentwicklung und zum Ausfall der Sitzung des Planungsausschusses am 16.10.2008

Herr Ziffus erläutert, die Sitzung des Planungsausschusses am 16.10.2008 sei wegen angeblichen Mangels an Tagesordnungspunkten abgesagt worden. Am 15.10.2008 sei jedoch „in einem kleinen elitären Kreis“ eine ausführliche Information über die zweite Stufe des Einzelhandelsgutachtens präsentiert worden und am 16.10.2008 habe eine Bürgerversammlung zu den Plänen zum Umbau des Löwencenters Bensberg stattgefunden. Er frage, warum nicht beide Veranstaltungen allen Ausschussmitgliedern und der Öffentlichkeit gebündelt - in der Sitzung des Planungsausschusses - zugänglich gemacht worden seien.

Herr Schmickler antwortet, die Verwaltung halte sich an die mit dem Rat abgestimmte Vorgehensweise für die verschiedenen Projekte der Stadtentwicklung.

Bei der Veranstaltung zum Einzelhandelskonzept seien Zwischenergebnisse präsentiert worden. Er halte es nicht für sinnvoll, mit Zwischenergebnissen an die Öffentlichkeit zu treten, da Zwischenergebnisse eben noch keine endgültigen Ergebnisse seien, aus denen Konsequenzen gezogen werden könnten. Der Rat und seine Ausschüsse würden die Stadtentwicklungsprojekte in ihrer Entstehung begleiten und damit einen tiefen Einblick erhalten.

Die Verwaltung habe die Pläne zum Umbau des Löwencenters in einer Bürgerversammlung vorgestellt, weil eine Ausschusssitzung keine Diskussion mit der Bevölkerung zulasse.

Herr Ziffus: Anfrage zu den Auswirkungen der Tarifabschlüsse auf den städtischen Haushalt

Herr Ziffus fragt, welche Auswirkungen die Tarifabschlüsse auf den städtischen Haushalt hätten. Ihn interessiere die Relation zwischen der Belastung des städtischen Haushalts durch den Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst und der Entlastung des städtischen Haushalts durch Mehreinnahmen im Bereich „Gemeindeanteil an der Einkommensteuer“, da auch in anderen Wirtschaftszweigen Gehaltssteigerungen durch Tarifabschlüsse zu verzeichnen seien. Er sei der Ansicht, dass die Stadt von den Tarifabschlüssen insgesamt wahrscheinlich eher profitiere.

Herr Mumdey antwortet, er könne natürlich darstellen, zu welchen Belastungen für den städtischen Haushalt der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst führe. Eine Relation zur absoluten Höhe des Anteils der Stadt Bergisch Gladbach am Gesamteinkommensteueraufkommen in Nordrhein-Westfalen ließe sich jedoch nur schwerlich darstellen.

Herr Kamp: Anfrage zu den Planungen zur Rettungswache Süd und zur Refrather Feuerwache

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung dem Rat in Bezug auf die Planungen zur Rettungswache Süd und zur Refrather Feuerwache mehrere Alternativen vorstellen werde.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kamp: Anfrage zur Baumaßnahme Kippekausen

Herr Kamp fragt, ob die Baumaßnahme Kippekausen abgeschlossen sei und ob der Kostenrahmen eingehalten werde.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Kamp: Anfrage zu der Verlegung einer Erdgasleitung

Herr Kamp fragt, ob die Verwaltung nach Abschluss der Baumaßnahmen zur Verlegung der Erdgasleitung überprüfe, ob die BELKAW den ursprünglichen

Zustand der Straßen in Refrath und anderen Ortsteilen wiederhergestellt habe.

Herr Orth verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zur Einladung zu Veranstaltungen im Rahmen der Regionale 2010

Herr Dr. Fischer fragt, nach welchem Prinzip Einladungen zu städtischen Veranstaltungen zur Regionale 2010 vorgenommen würden, insbesondere welche Interessengruppen aus der Bürgerschaft bei derartigen Veranstaltungen vertreten seien. Vertreter der Politik würden bei den Einladungen offensichtlich nicht berücksichtigt. Zudem interessiere ihn, wie die Politik von den Ergebnissen dieser Veranstaltungen erfahre.

Frau Müller-Veit antwortet, es sei keinesfalls so, dass Planungen ohne eine Beteiligung des Rates durchgeführt würden. Zu den Arbeitskreisen würden Akteure eingeladen, die durch die Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2010 in besonderer Weise berührt würden. Zu einem Arbeitskreis zum Bereich „Bahnhof“ würden beispielsweise Vertreter der Akteure Bahn, Taxiunternehmen, anderen Verkehrsträgern, großen anliegenden Einzelhandelsbetrieben etc. eingeladen. In Arbeitskreisen zu anderen Kernbausteinen seien z.B. Vertreter von Kirchen, Banken, Ausstellern, Künstlern, Vereinen etc. vertreten. In den Werkstätten würden dann keine Planungen betrieben, sondern es werde von den Teilnehmern abgefragt, was sie von der Umgestaltung erwarten würden. Diese Meinungsabfragen würden protokolliert und den Ratsmitgliedern über den Beirat als Entscheidungshilfe zur Verfügung gestellt. Am 28.10.2008 finde beispielsweise eine Sonderveranstaltung zum Thema „Verkehr“ statt, zu der die Beiratsmitglieder eingeladen seien.

7. Einwohnerfragestunde

Herr Orth teilt mit, ihm lägen Fragen von Herrn Hoffmann zur Erstattung von Sitzungsgeldern des hauptamtlichen Bürgermeisters an die Stadt Bergisch Gladbach vor. Alle Fragen würden jedoch auf der Annahme beruhen, dass die Stadt Bergisch Gladbach Anteile an der RWE AG halte und der Bürgermeister insofern Mitglied eines entsprechenden Regionalbeirates sei. Dies Annahme sei jedoch unzutreffend. Die Stadt halte keine Anteile an der RWE AG und der Bürgermeister sei daher auch nicht Mitglied eines RWE-Regionalbeirates. Eine Beantwortung der Fragen erübrige sich damit.

Herr Orth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.